

Ausländer rein

GUTACHTEN Deutschland braucht mehr Zuwanderung. Viele Deutsche akzeptieren diesen Zuzug – von Fachkräften

AUS BERLIN ANNA LEHMANN

Deutschlands Attraktivität bei Einwanderern schwindet. So liest sich die Einschätzung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration zur Lage der Bundesrepublik. Seinen Status als Einwanderungsland habe Deutschland längst verloren. „Es ist heute ein demografisch alterndes Migrationsland [...] mit tendenziell negativer Wanderungsbilanz“, heißt es in dem Gutachten, das

am Mittwoch in Berlin vorgestellt wurde. Klaus Bade, der Vorsitzende des Stiftungsrates, forderte: „Deutschland muss sich migrationspolitisch runderneuern.“ Die neun Wissenschaftler im Stiftungsrat, hinter dem etwa die Bertelsmann Stiftung steht, haben in ihrem zweiten Jahresgutachten Zu- und Abwanderung analysiert sowie rund 2.450 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt. Die Experten sehen erste Fortschritte im

Bemühen, ausländische Spitzenfachkräfte anzulocken. So reisten 2009 rund 16.000 Fachkräfte ein, die zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekamen. Dies reiche jedoch nicht aus, um die Lücke zu schließen, die jene hinterlassen, die ausgewandert. Im Saldo verlor Deutschland von 1994 bis 2009 eine halbe Million Menschen ans Ausland, viele von ihnen gut ausgebildet. In einem umlagebasierten Wohlfahrtsstaat seien tendenziell negative Wanderungssalden ein gravie-

rendes Zukunftsproblem, schreiben die Wissenschaftler.

Noch sei Zeit, zu handeln, sagte Stiftungsratsvorsitzender Klaus Bade. So schlägt der Rat ein Dreisäulenmodell vor, um gezielt Hochqualifizierte ins Land zu holen. Bade empfiehlt, das Jahreseinkommen, das man vorweisen muss, um sich hier niederzulassen, auf 40.000 Euro brutto zu senken und ein Punktesystem einzuführen, das potenzielle Einwanderer einstuft.

Die Bundesbeauftragte für Migration, Maria Böhmer (CDU), unterstützt den Vorschlag: „Der eingeschlagene Weg einer gesteuerten Zuwanderung muss ausgebaut werden“, sagte die Staatsministerin. Als Kriterien nannte sie Sprachkenntnisse und schulische und berufliche

cher der FDP, Serkan Tören. Dem Gutachten nach teilt eine deutliche Mehrheit der Befragten diese pragmatische Sicht und wünscht sich eine stärker Zuwanderung von Hochqualifizierten.

Im Fokus des Werbens um Fachkräfte sieht der Sachverständigenrat aber eine Gruppe, die bereits im Lande ist, ausländische Studierende. Jahr für Jahr zieht es mehr Menschen aus dem Ausland zum Studium nach Deutschland, allein im Wintersemester 2009/2010 waren 180.000 Studierende mit ausländischem Pass an hiesigen Hochschulen eingeschrieben. Diese verfügen nach Ansicht der Gutachter über alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration.

Nach Schätzungen der OECD schafft es jedoch nur jeder Fünfte, in Deutschland beruflich Fuß zu fassen. Administrative Barrieren erschweren die Jobsuche. So müssen Absolventen innerhalb eines Jahres einen Job gefunden haben, der ihrer Qualifikation angemessen ist. Nach Auskunft des von Annette Schavan (CDU) geführten Bildungsministeriums soll diese Hürde gesenkt werden, damit es für Absolventen, um bleiben zu dürfen, genügt, auch einen anderen Job anzunehmen. Eine Einigung in der Koalition stehe aber noch aus.



Applaus für die Einwanderer? Nicht ganz. Beim Winterfest der Volksmusik in Halle (Saale) Foto: Matthias Lüddecke

Deutschland verlor im Saldo seit 1994 eine halbe Million Menschen ans Ausland

Qualifikationen. Ihre Partei lehnt genau wie die CSU jedoch ein solches Punktesystem noch ab. „Die Blockadehaltung von Teilen der Politik schadet Deutschland und stößt zunehmend auf Unverständnis bei den Menschen und in der Wirtschaft“, rügte der integrationspolitische Spre-

Meinung + Diskussion
SEITE 12

Im Boot ist noch Platz

MIGRATION Die Sachverständigen kritisieren den Umgang mit Flüchtlingen und warnen vor „populistischer Kulturpanik“

BERLIN taz | Der Umgang der EU-Staaten mit Flüchtlingen aus Nordafrika stößt beim Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) auf Kritik. „Die ‚Festung Europa‘ darf sich nicht länger darauf beschränken, ihre Außengrenzen abzuschotten“, fordert der SVR in seinem Jahresgutachten. In „überschaubarem Umfang“ müssten legale Zuwanderungswege eröffnet werden. Für eine großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen gibt es laut SVR-Zahlen auch Unterstützung in der Bevölkerung.

Die bisherigen Herkunftsländer von Migration in Richtung Deutschland dürften schon bald als Zuwanderungsquellen ausfallen. Viele Schwellenländer werden wirtschaftlich aufholen und selbst Zuwanderung anziehen, sagt der SVR voraus. Deutschlands Nachbarn fallen als Herkunftsländer ebenfalls weg, da hier der demografische Wandel wirkt. Der SVR fordert

deshalb eine Umorientierung auf neue Herkunftsgebiete, vor allem in Zentral- und Südostasien (etwa Indien und Usbekistan) sowie Nordafrika (Marokko, Ägypten und Tunesien).

Seit Beginn der politischen Umwälzungen in der arabischen Welt sind aus Nordafrika über 25.000 Menschen allein nach Italien geflohen. Obwohl bis jetzt noch keiner dieser Flüchtlinge bis nach Deutschland gelangt ist, kündigten Innenpolitiker von CDU und CSU bereits an, Grenzkontrollen zu verschärfen. Das Signal ist: Abschottung und Abschreckung.

Ein fatales Signal, findet der SVR. Er warnt vor „wirtschaftsfeindlicher populistischer Kulturpanik“. Bei der Flüchtlingsaufnahme, so plädiert der SVR, sollten in gewissem Umfang auch Interessen des Aufnahmelandes eine Rolle spielen dürfen. Qualifizierte Flüchtlinge könnten nicht zurückgeschickt werden,

„während man gleichzeitig genau diese Berufsgruppen mit geringem Erfolg als qualifizierte Zuwanderer sucht“.

Dabei könnte die Politik, anders als oft angenommen, für einen solchen Kurs mit viel gesellschaftlicher Unterstützung rechnen. Das SVR-Migrationsbarometer, eine repräsentative Umfrage von 2.450 Personen mit

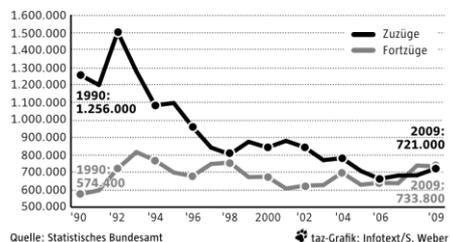
und ohne Migrationshintergrund, zeigt: Fast 50 Prozent der Nichtmigranten wünschen sich eine großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden – gegenüber 25 Prozent, die eine noch restriktivere Aufnahmepolitik befürworten.

Die Politik verwechsle die „nüchternen Einschätzungen der Bürgergesellschaft oft mit

hysterischen publizistischen Diskursen“, meint der SVR-Vorsitzende Klaus Bade. Zu häufig würde sich „auf eine angeblich verbreitete ‚Das Boot ist voll-Panik‘ berufen. Die angeblich vorhandene Stimmung diene dann als „Legitimation zum politischen Nichthandeln beziehungsweise zur Fundamentalopposition“ gegen jegliche Migrationspolitik.

Auch sonst ergibt das Migrationsbarometer das Bild einer Bevölkerung, die überwiegend gut informiert ist und die Lage nüchtern einschätzt. Fast zwei Drittel gehen richtigerweise davon aus, dass es einen negativen oder beinahe ausgeglichenen Wanderungssaldo in Deutschland gibt. Nur beim Hauptherkunftsland zeigt sich Unwissenheit: Die Türkei sei Spitzenreiter, glauben 30 Prozent. In Wahrheit kommen die meisten Zuwanderer aus Polen – davon gingen nur 6 Prozent aus.

Auswanderungsland Deutschland



NIKLAS WIRMINGHAUS